



Dokumentation der Fachtagung "Gemeinsam für mehr Chancen - Armutsprävention im Unstrut-Hainich-Kreis" vom 27.01.2016

Am 27.01.2016 veranstaltete das Landratsamt Unstrut-Hainich mit Unterstützung des *Instituts für kommunale Planung und Entwicklung e. V.* (IKPE) und der *Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen e. V.* (Agethur) die Fachtagung.

„Gemeinsam für mehr Chancen – Armutsprävention im Unstrut-Hainich-Kreis“.

Es diskutierten dort Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Institutionen über die Möglichkeiten der Armutsprävention im Kreis. Mit Fachvorträgen und Best-Practice-Beispielen wurden zudem verschiedene fachliche Inputs gesetzt.

Tagungsprogramm

- 09:30 **Ankommen/ Begrüßungskaffee**
- 10:00 **Begrüßung und Einführung**
Eva Brackelmann (Moderation)
- Grußwort**
Harald Zanker (Landrat des Unstrut-Hainich-Kreises)
- Grußwort**
Christian Möller (TMSGFF/Leiter Stabsstelle Strategische Sozialplanung)
- 10:40 **Was bedeutet Armut?**
Eine Betroffene vermittelt einen Einblick in ihre Lebenswelt
Anonym
- 10:50 **Soziale Lagen im Unstrut-Hainich-Kreis – Ein Überblick und Ausblick auf die Sozialberichterstattung**
Birgit Kaufhold (LRA UHK/Stabsstelle Sozialplanung)
- 11:30 **Armutsprävention im UHK – ein gemeinsamer Weg**
Marko Reents (LRA UHK/Stabsstelle Sozialplanung)
- 11:50 **Erschöpfte Familien als Folge zunehmender sozialer Ungleichheit und was dagegen zu tun ist**
Prof. Dr. Uta Meier Gräwe (Justus-Liebig-Universität Gießen)
- 12:50 **Pause und Imbiss**
- 13:20 **Lernen von anderen Kommunen**
Uwe Sandvoss (Stadt Dormagen)
- 14:20 **Workshops**
Thema 1: **Gemeinsam im Dialog – Verwaltete und latente Armut**
Thema 2: **Elternarbeit als Kindesstärkung**
Thema 3: **Schule und Sozialraum**
Thema 4: **Armut und Gesundheit**
- 15:30 **Präsentation und Diskussion der Workshopergebnisse im Plenum**
- 16:30 **Abschluss und Ausklang der Veranstaltung**
Eva Brackelmann



Grußwort Harald Zanker (Landrat des Unstrut-Hainich-Kreises).

Armut hat viele Gesichter und Prävention kann nur im Zusammenspiel von Politik, Verwaltung und privaten Akteuren gelingen, betonte Landrat Harald Zanker in seinem Grußwort. Dabei haben insbesondere die freien Träger der Wohlfahrtspflege eine Schlüsselrolle. Mit ihrem Einsatz helfen sie Not zu lindern. Aber auch wirtschaftlich ist ihre Bedeutung nicht zu unterschätzen: Die Sozialwirtschaft ist einer der größten Arbeitgeber in der Region. Hierbei muss sichergestellt sein, dass die Menschen auch von ihrer Arbeit leben können, dies ist, so betonte der Landrat, zu oft nicht der Fall.



Eine der großen Herausforderungen für den Kreis und die gesamte Region ist es, junge Menschen zu qualifizieren und sie als qualifizierte Fachkräfte im Kreis zu halten. Hierfür bedarf es auch eines intensiven Engagements der hiesigen Unternehmen, insbesondere in die Berufsausbildung von Schulabgängern, um der Jugend und den Menschen insgesamt eine Perspektive im Unstrut-Hainich-Kreis zu bieten.

Der Landrat verwies zudem auf den hohen Stellenwert von Schulstandorten in den Gemeinden des Landkreises, da sie in so mancher Gemeinde das Herzstück des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens abbilden und damit eine nicht zu unterschätzende stabilisierende Funktion für den sozialen Zusammenhalt im ländlichen Raum übernommen haben. Schule ist in ihrer Bedeutung längst über den Ort gemeinsamen Lernens hinausgewachsen. Zur Aufrechterhaltung wohnortnaher Bildung und guter Lernbedingungen, auch in Zukunft, gewinnen verbindliche Kooperationen zwischen Schulen und Schulträgern zunehmend an Relevanz.

Grußwort Christian Möller (TMSGFF/ Leiter Stabsstelle Strategische Sozialplanung).

„Sozialpolitik ist maßgeblich Kommunalpolitik“ - mit dieser Überschrift hat die Stabsstelle strategische Sozialplanung im Thüringer Sozialministerium in der vergangenen Legislaturperiode ihre Arbeit begonnen. Mit der ESF-Armutspräventionsrichtlinie werden in dieser Förderperiode bis zum Jahr 2021 mit verschiedenen Instrumenten 20 Million € zur Verfügung gestellt, die direkt und indirekt allesamt die Landkreise und kreisfreien Städ-





te unterstützen, hob Christian Möller in seinem Grußwort hervor.

Er appellierte an das lokale Publikum und die Entscheidungsträger vor Ort: „Die Entwicklung einer Armutspräventionsstrategie und deren Verabschiedung im Kreistag wird nur gelingen können, wenn wir, wenn Sie hier vor Ort wissen, welche Bedürfnisse die Menschen haben, wissen, welche Angebote in welcher Qualität im Landkreis vorhanden sind, wissen, welche Möglichkeiten aber auch Grenzen im Rahmen bestehender Angebote gegeben sind, wissen, wo sich weiße Flecken bei der Bedarfsabdeckung befinden und wo und wann umgesteuert oder etwas neu geschaffen werden muss. Das kann nur gelingen, wenn verlässliche und aktuelle Daten zu den Lebenslagen der Menschen vorliegen.“

Die Aufgabe wird nur mit der Überwindung von Zuständigkeitsgrenzen im Interesse der Sache und damit der Menschen zu erledigen sein. Der Grenzen, sowohl zwischen den Fachämtern, als auch der Abgrenzung zu den anderen Akteuren, z.B. zur Bundesagentur für Arbeit und zu den freien Trägern. Es geht darum, vorhandenes Wissen zu generieren, partnerschaftliche Zusammenarbeit zu praktizieren sowie Folgerungen und schließlich verbindliche Arbeitsteilungen für alle relevanten Akteure abzuleiten. Ziel muss es schließlich sein, vom Nebeneinander der Akteure zum abgestimmten Miteinander zu kommen.

„Soziale Lagen im Unstrut-Hainich-Kreis – Ein Überblick und Ausblick auf die Sozialberichterstattung“ Birgit Kaufhold (LRA UHK/ Stabsstelle Sozialplanung).

In den vergangenen Jahren wurden im Unstrut-Hainich-Kreis regelmäßig mehr Kinder als im Mittel der Thüringer Landkreise geboren. Dennoch werden die Geburtenzahlen im UHK weiter zurückgehen (bis 2020 –18,3%). Das Geburtenecho und die verstärkte Abwanderung von jungen Frauen sind prägend für diese Entwicklung. Gemessen an der Gesamtbevölkerung sind rückläufige Abwanderungstendenzen zu verzeichnen. In den letzten beiden Jahren wurden sogar erstmals wieder positive Wanderungssalden konstatiert. Einer der Gründe für diesen Trendwechsel sieht die Sozialplanerin in der positiven Beschäftigungsentwicklung im Kreis. Allerdings verwies sie auch auf die großen regionalen Unterschiede innerhalb des Landkreises. Während es in der VG Bad Tennstedt und der EG Vogtei zu einer Steigerung der Beschäftigtenzahlen von 2010 - 2014 gekommen ist, sanken diese in der VG Unstrut-Hainich und den Gemeinden Anrode bzw. Menteroda. Problematisch ist allerdings, so die Vortragende, dass immer mehr Menschen nur einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen. Besonders betroffen sind Frauen, zudem sind sie häufiger arbeitslos. Deutlich höhere Beschäftigungsgrade (sozialversicherungspflichtig bzw. ausschließlich geringfügige Beschäftigungsverhältnisse) liegen bei der Wohnbevölkerung in Dünwald, Weinbergen, der VG Unstrut-Hainich, Vogtei und Anrode im Vergleich zum Kreisdurchschnitt vor, während die berufliche Teilhabe in der Kreisstadt vergleichsweise niedrig ausfällt. Insgesamt liegt das Lohnniveau bei den Beschäftigten im Landkreis im unteren Drittel der Thüringer Landkreise. (Stand: 12/2013) Viele Beschäftigten beziehen daher zusätzlich





und langfristig finanzielle Unterstützungsleistungen des Jobcenters. (55 % der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten mit Brutto-Erwerbseinkommen verharren länger als vier Jahre im Hartz IV, Berichtsmonat Juni 2015) Kinder und Jugendliche leben besonders häufig in finanziellen Unterversorgungslagen. Im Landkreis wächst mehr als jedes vierte Kind unter 5 Jahren in einem Hartz IV-Haushalt auf. Besonders kritisch zu beurteilen ist, dass viele Langzeitarbeitslose unter 25 Jahren den Weg in den Arbeitsmarkt nicht schaffen. So waren 46% der unter 25-jährigen arbeitslosen Leistungsempfänger im SGB II bereits mindestens vier Jahre hilfebedürftig. (Berichtsmonat Juni 2015) Auch den Landkreis stellt diese Entwicklung zunehmend vor Probleme: So stieg - bei nahezu unveränderter Bevölkerungszahl der unter 18-Jährigen - die Zahl der personenorientierten Hilfen zur Erziehung von 2007 bis 2014 um 45%.

„Armutsprävention im UHK – ein gemeinsamer Weg“ Marko Reents (LRA UHK/ Stabsstelle Sozialplanung)

Das Projekt „Armutsprävention – Für mehr Chancen im Unstrut-Hainich-Kreis“ hat zwei große Bausteine: Zum einen soll die Transparenz erhöht werden. Dabei sollen die Bedarfsstrukturen über den Aufbau eines Sozial- und Bildungsmonitorings ermittelt und in einem Sozialbericht dargestellt werden. Über eine Online-Datenbank sollen die bestehenden Angebote erfasst und öffentlich zugänglich gemacht werden. So können zum einen Lücken zwischen Bedarfen und Angebotslagen ermittelt werden und zum anderen werden bestehende Angebote für Betroffene besser sichtbar.



Der zweite Baustein ist die Schaffung von Beteiligungsstrukturen. Verwaltungsintern wurde bereits eine Sozialplanungskonferenz als ressortübergreifende Arbeitseinheit geschaffen. Ein Beirat mit verwaltungsexternen Akteuren soll folgen. Darüber hinaus werden wohnortnahe Sozialraumkonferenzen initialisiert, um den Blick kleinräumig zu schärfen.

Das Projektziel liegt in einer vom Kreistag beschlossenen Armutspräventionsstrategie, die auf den Ergebnissen eines gemeinsamen Prozesses unter der Mitwirkung einer Vielzahl von Professionen, ehrenamtlich Engagierter sowie den gebündelten Empfehlungen des Beirates und der Verwaltung basiert.

„Erschöpfte Familien als Folge zunehmender sozialer Ungleichheit und was dagegen zu tun ist“ Prof. Dr. Uta Meier Gräwe (Justus-Liebig-Universität Gießen).

Trotz steigender Beschäftigungszahlen steigt die Armut in Deutschland. Insbesondere Frauen sind hiervon betroffen, besonders kritisch wird es, wenn sie auch noch Alleinernährer für ihre Familie bzw. alleinerziehend sind. Um ihre Situation vor Ort zu





verbessern, stellt der Sozialraum eine äußerst wichtige Ressource für die Alltagsbewältigung dar. Hierfür bedarf es einer koordinierten, gut eingespielten und vernetzten Infrastruktur, die selten vorhanden ist, hob Frau Prof. Dr. Meier-Gräwe in ihrem Vortrag hervor. Gerade niedrigschwellige Angebote, der Abbau von bürokratischen Hürden und Informationsdefiziten erweisen sich als Ressource der Armutsvermeidung und Alltagsbewältigung. „Es fehlen passgerechte Hilfen, die die Ressourcen der Familienhaushalte aktiv einbinden und es gibt einen Mangel an systematischer und vernetzter Armutsprävention.“, so die Erfahrungen der Referentin. Sie verwies ferner darauf, dass es nachweislich finanziell günstiger ist, Menschen (z.B. durch die Finanzierung eines Führerscheins in dem vorgestellten Fallbeispiel) frühzeitig zu fördern, als sie im Leistungsbezug zu halten. Dabei zeigten Untersuchungen, dass es insbesondere bei Kindern um eine möglichst frühzeitige Hilfe geht. So steigen die Kosten, wenn statt der frühen Hilfen erst in der Kita geholfen wird von 1 auf 13 und das Verhältnis von der frühen Hilfe zur Schule liegt gar bei 1 zu 34. Es bedarf hierfür einer Kooperation zwischen Jobcenter, Bildungs- und Projektträgern sowie Jugend- und Gesundheitshilfe, die familiensystemisch vorgeht. Die Referentin empfahl „Beschäftigungsprogramme für Langzeitarbeitslose ... stärker mit Angeboten der Eltern- und Familienbildung (zu) verknüpf(en).“ Damit Präventionsangebote allerdings ihre Wirkung entfalten können, muss die Qualität entsprechend gut sein und auch regelmäßig überprüft werden.

„Lernen von anderen Kommunen“

Uwe Sandvoss (Stadt Dormagen)

Die besondere Bedeutung von Prävention in der Praxis hob Herr Sandvoss in seinem Vortrag hervor. Dormagen hat ein enges Netz an Beratungs- und Präventionsdienstleistungen gespannt, die gerade nicht intervenierend, sondern präventiv ausgerichtet sind.

So bekommen beispielsweise alle Eltern nach der Geburt (auf freiwilliger Basis) Besuch von Sozialarbeitern/Sozialbearbeiterinnen, die Ihnen verschiedene Informationsbroschüren zur Kindesentwicklung und zu möglichen Hilfs- und Unterstützungsangeboten überreichen. Da der Besuch im Elternhaus stattfindet, bekommen die Sozialarbeiter/Sozialarbeiterinnen gleichzeitig einen Eindruck von der familiären Situation und können im persönlichen Gespräch gezielter Unterstützungsangebote anbieten. Durch dieses Besuchsangebot für alle Eltern wurden deren Hemmungen abgebaut, frühzeitig Hilfen nachzufragen. Die Akzeptanz solcher Angebote konnte also gesteigert werden.

Dies ist nur ein Beispiel für präventive Angebote in Dormagen. Insgesamt hat Dormagen eine Präventionskette geschaffen: So gibt es Hilfen für werdende Mütter, u.a. eine Vermittlungsstelle an Beratungseinrichtungen, die Familienzentren und die Elternbildung wurde ausgebaut. In der Phase von der Geburt bis zum 3. Lebensjahr wurden Baby- und Krabbelclubs geschaffen und es gibt eine Betreuungsplatzgarantie ab dem 4. Monat. Zudem kön-





nen viele Familien durch einen Familienpass diverse Angebote kostenlos in Anspruch nehmen. In der Phase vom 3. bis zum 6. Lebensjahr erhalten alle Kinder Mittagessen für 1€. In der ersten Klasse besuchen Lehrer/Lehrerinnen die Kinder zuhause und auch in der Grundschule gibt es Mittagessen für 1€, Schulmittelfreiheit und als Unterstützung für benachteiligte Familien wird im Bedarfsfall Nachhilfe finanziert.

Die genannten Präventionsangebote stellen nur einen Bruchteil der Dormagener Angebote dar, die noch um eine Vielzahl größer sind. Dormagen hat ein breit gefächertes Präventionsangebot aufgebaut.

Auf die Kosten der Angebote angesprochen, betonte Uwe Sandvoss, dass Dormagen eine Haushaltssicherungskommune sei. Insgesamt erwies sich dieser präventive Ansatz als kostengünstiger, als die bisherigen intervenierenden Ansätze, da u.a. Kosten bei den stationären Hilfen um etwa 50% gesenkt und somit die Präventionsangebote finanziert werden konnten.

Workshop 1: „Gemeinsam im Dialog – verwaltete und latente Armut“ Moderation Insa Schulze (IKPE)

Es gibt verschiedene Einflussfaktoren, wodurch Personen besonders von Armut betroffen sind und besondere Unterstützung benötigen.

Dabei spielt zum einen die **familiäre Situation** eine Rolle. Besonders betroffen sind hier:

- Kinder
- Alleinerziehende
- kinderreiche Familien
- ungeklärte Scheidungen
- junge Familien
- Suchtfamilien

Auch der **Bildungshintergrund bzw. die berufliche Situation** ist ein wichtiger Faktor:

- Arbeitslose
- Bildungsferne
- niedrige Einkommen
- Rentner

Hinzu kommt die **gesundheitliche Situation**. Hier sind besonders betroffen

- psychisch Erkrankte
- Menschen mit Behinderungen
- Pflegenden von Angehörigen
- Opfer von Gewalt

Als weitere Gruppen, die besondere Unterstützung benötigen, wurden identifiziert:





- Migranten
- Vereinsamte
- Straffällige
- Mobilitätseingeschränkte
- Verschuldete

Zwar gibt es für diese Gruppen Angebote, es wurde jedoch angezweifelt, ob diese immer ausreichend sind. Insgesamt wird die Zahl der präventiven Angebote als zu gering eingeschätzt. Auch muss sichergestellt werden, dass der Zugang zu den Angeboten auch gewährleistet ist. Bei den Betroffenen können das Unvermögen der Inanspruchnahme und die Angst vor Stigmatisierungen dem im Wege stehen.

Um die weißen Flecken in der Unterstützungslandschaft zu schließen, bedarf es den Akteuren vor allem:

- langfristiger Angebote
- Transparenz (Angebote/Fachkräfte/Austausch)
- Niedrigschwelligkeit
- Flexibilität
- vernetztes Arbeiten
- ein Gespür für Bevormundung vs. Eigenverantwortung
- partizipative Erstellung von Angeboten
- Begleitung
- dezentrale Angebote
- zentrale Anlaufstellen.

Workshop 2: „Elternarbeit als Kindesstärkung“ Moderation Uwe Sandvoss (Stadt Dormagen)

Die Workshopteilnehmer arbeiteten heraus:

Elternarbeit bedarf

- Regelmäßigkeit
- Freiwilligkeit
- eines freien Kopfes
- der Einbeziehung aller Beteiligten

Schritte zum Aufbau und Gelingen der Elternarbeit:

- Bedarfsanalyse
- Leitbild der Elternarbeit entwickeln
- Elternbildungs- und Informationsstruktur flächendeckend nach den Bedarfen und Bedürfnissen aufbauen bzw. ausrichten
- ab einem Einkommen von sind die Angebote kostenfrei und die Kindesbetreuung ist gesichert

Probleme in der Elternarbeit:

- Eltern stehen unter Druck
- es fehlt eine Bedarfsabfrage/ Bedürfnisanalyse





- Interessenlosigkeit an Fragen der Förderung
- Angebote werden nicht angenommen
- Angst vor den Institutionen
- Minderwertigkeitsgefühle, Angst vor Bevormundung
- zu viele Negativerfahrungen
- es fehlt Zeit
- Rahmen/Setting von Elterngesprächen/Elternarbeit
- Betreuung der Kinder
- soziokulturelle Vorbehalte

Gelingensfaktoren in der Elternarbeit:

- interessantes Thema
- wenn ich lachen kann
- wenn ich mich sicher im Setting fühle
- wenn ich selber aktiv sein kann
- wenn ich mich nicht rechtfertigen muss
- wenn ich in Begleitung gehe
- wenn es nichts kostet
- freundliches Ambiente
- wenn die Kinder versorgt sind
- raus aus dem Alltag
- wenn es wirklich wichtig ist
- persönliche Ansprache
- kurze Wege

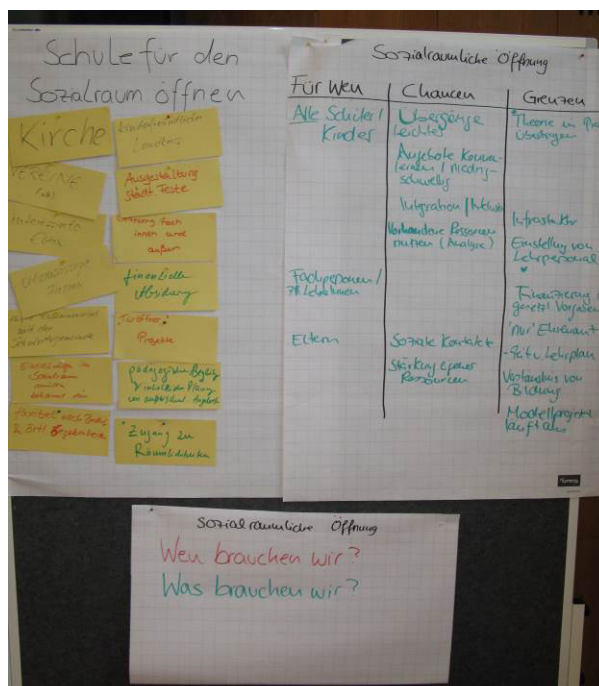
Workshop 3: „Schule und Sozialraum“

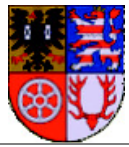
Moderation Linda Gerigk (IKPE)

Aus dem Teilnehmerkreis wurde herausgearbeitet, dass sich eine sozialräumliche Öffnung von Schulen vor allem an Schüler/Schülerinnen bzw. Kinder allgemein, Eltern und das Fachpersonal wie Lehrkräfte richtet.

Zudem wurde festgestellt, dass eine Öffnung unterschiedliche lokale Akteure wie Vereine, interessierte Eltern, die Kommunalverwaltungen auf den Gemeinde- und Landkreisebenen, Kirchen sowie ortsansässige Firmen, benötigt. Die relevanten Einrichtungen im Sozialraum müssen auch bekannt sein und müssen mitunter erst ermittelt werden.

Eine Öffnung sollte dabei in beide Richtungen erfolgen. Dabei kann die Schule, z.B. Räumlichkeiten zur Verfügung stellen und mit den anderen Akteuren das Ganze pädagogisch begleiten, insbesondere bei der inhaltlichen Planung von außerschulischen Angeboten. Hierbei





bedarf es einer Flexibilität in bezug auf die örtlichen Bedarfe und Gegebenheiten. Andererseits bietet das räumliche Umfeld von Schule alternative Lernorte zur Schulinfrastruktur an.

Eine Öffnung kann

- die Übergänge für Kinder, z.B. von der Kita in die Grundschule erleichtern,
- die Integrations-/Inklusionsbemühungen vor Ort aktiv unterstützen,
- trägt dazu bei, dass Angebote bekannter und niedrighschwelliger werden,
- zur effektiveren Nutzung der vorhandenen und zur Stärkung der eigenen Ressourcen führen,
- das Entstehen soziale Kontakte begünstigen.

Hilfreich für den Prozess können „Türöffner“-Projekte oder gemeinsame Feste sein, welche die lokalen Akteure für den Prozess aktivieren. Hier liegt aber auch eine wahrgenommene Grenze, so laufen Modellprojekte aus oder es fehlt die finanzielle Absicherung, wodurch der angestoßene Prozess scheitern kann. „Nur“ durch ehrenamtliches Engagement ist eine sozialräumliche Öffnung dauerhaft schwer zu gewährleisten, da die Gefahr besteht, dass mit dem Ausscheiden von Personen auch der Prozess zum Erliegen kommt.

Eine weitere Schwierigkeit liegt in der Übertragung von der Theorie in die Praxis. Es wurde festgestellt, dass es keine Patentrezepte gibt, welche man übernehmen kann, da Angebote an die lokalen Gegebenheiten und Bedarfe angepasst werden müssen.

Auch innerhalb der Schulen stößt man an Grenzen. So muss das Lehrpersonal der Öffnung positiv gegenüberstehen und Schulen müssen sich an Zeit- und Lehrpläne halten, können also nicht frei agieren.

Workshop 4: „Armut und Gesundheit“ Moderation Uta Maercker (Agethur)

Einvernehmen herrschte im Workshop darüber, dass es wichtig sei, ein kontinuierliches Anreizsysteme für Gesundheitsförderung zu schaffen.

Dabei sollte möglichst frühzeitig angesetzt werden (Kita/Schule). Es wurde jedoch auch darauf hingewiesen, dass zunehmend mehr Erwachsene – gerade auch im erwerbsfähigen Alter – an ihre psychischen und physischen Leistungsgrenzen stoßen. Unterstützung wird oft viel zu spät angeboten – meist erst, wenn Beschwerden so groß werden, dass Beschäftigungsfähigkeit aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen (zeitweise) nicht mehr möglich ist. Niedrighschwellige Beratungsleistungen können dazu beitragen, dass einerseits individuelle Verhaltensveränderungen zum Eigenschutz durch Betroffene und andererseits professionelle Hilfeleistungen frühzeitiger zum Tragen kommen.



Wichtig ist, wenn es zu Erkrankungen kommt, dass Abwärtsspiralen durchbrochen werden, damit die Krankheit nicht in Armut mündet. Betroffene müssen dabei unterstützt werden, die



Ressourcen bzw. Kompetenzen zu erwerben, um ihr Leben zu meistern. (Gelingensbeispiel Kleeblatt) Insbesondere Bewegungsangebote ermöglichen es, Potentiale und eigene Stärken zu erkennen.

Für die Betroffenen, aber auch für die Einrichtungen, ist Transparenz über Angebote und Einrichtungen essentiell. So lassen sich gemeinsame Maßnahme- und Nutzungskonzepte entwickeln. (z. B. Skatepark) Das Präventionsgesetz wird als Chance eingestuft, integrative Gesundheitsförderkonzepte für die Quartiersebene zu entwickeln und umzusetzen.

Herausgeber:

Landratsamt Unstrut-Hainich
Stabsstelle Sozialplanung
Lindenbühl 28/29
99974 Mühlhausen

Kontakt:

E-Mail: sozialplanung@lrauh.thueringen.de
Tel: 03601 802083

Fotos:

Die Bilder wurden vom Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis mit Einverständnis der anwesenden Gäste und Referenten/Referentinnen erstellt. Die Bildrechte verbleiben beim Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis und dürfen ohne Genehmigung nicht verwendet werden.